

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Wesenspreis** mit Illust., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Volkschektkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10 Gelpalt, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg.  
Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatent die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die Wendung im Haag:

# Ein neuer Einigungsvorschlag

### Rettung des Young-Planes

SPD Haag, 23. August.

Am Donnerstagabend entstand plötzlich dadurch eine neue Phase, daß folgende neue Möglichkeit erörtert wurde: Nicht Erhöhung der ungeschuldeten Summe von 660 Millionen, dagegen Fixierung des Betrages für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawesanleihe auf eine Durchschnittssumme von 55 Millionen, die man auf die vollen 48 Jahre, die der Young-Plan dauern soll, berechnen würde. Die Forderung würde darin bestehen, daß während nach dem Young-Plan die ungeschuldeten Zahlungen mit 37 Jahren aufhören und in den letzten 22 Jahren von 1966 bis 1988 nur noch geschuldeten Reparationen zu zahlen wären, die lediglich dem Betrag der interalliierten Schulden an Amerika entsprechen, was eine Art ungeschuldeten Teil in Höhe von 55 Millionen Mark bis zum Jahre 1988 neu schaffen würde. Allerdings wird gegen diesen neuen Plan eingewendet, daß die Engländer einen ähnlichen Vorschlag bereits abgelehnt haben und daß überdies dieses System eine Veränderung der Bedingungen darstellen würde, unter denen die Dawesanleihe im Jahre 1924 emittiert wurde, also eine Zustimmung Amerikas dazu erforderlich wäre.

Jedenfalls handelt es sich um äußerst schwierige Probleme, die zwar in kürzester Zeit gelöst werden müssen, die aber eingehender Verhandlungen nicht nur mit den Gläubigern, sondern auch innerhalb der deutschen Delegation bedürfen. Trotzdem läßt sich bereits seit heute nachmittag unter den hiesigen Vertretern der deutschen Reichspresse beobachten, wie ein planmäßiger Angriff auf bestimmte Mitglieder der deutschen Delegation eingeleitet hat. So wurde von dieser Seite das Gerücht lanciert, Hilferding habe den Gläubigern eine Erhöhung der ungeschuldeten deutschen Zahlungen um einhundert Millionen Mark angeboten (!). Dabei weiß jeder, daß alle deutschen Minister sich gegen neue Zugeständnisse mit der denkbar größten Entschiedenheit gewehrt haben, und daß sie jetzt, wenn sie durch die Gegenseite auf diesen Weg gedrängt werden, es sich für sie nur darum handeln kann, in überaus heißen, verantwortungsvollen und zähen Verhandlungen das Beste für Deutschland herauszuholen und noch Schlimmeres für Deutschland zu verhüten.

### Die andere Möglichkeit

SPD Haag, 22. August.

Am Donnerstagnachmittag ist zum ersten Male offiziell zwischen den Delegierten Frankreichs, Belgiens, Italiens, Japans und Deutschlands über deutschen Konzessionen verhandelt worden. Deutschland war durch Hilferding und Curtius vertreten. Die Minister verließen nach einer Stunde die Beratung und begaben sich zum Sitz der deutschen Delegation, wo eine mehrstündige Konferenz aller Prominenten der Delegation stattfand. Gegen 7 Uhr fuhr Hilferding und Curtius wieder zu einer Sitzung der Finanzminister aller Gläubigermächte, außer England, die gegen 20,30 Uhr beendet war. Alle Beteiligten verweigern aber jede Auskunft und teilen nur mit, daß man über das Verhältnis des geschuldeten zum ungeschuldeten Teil sowie über die Sachlieferungen gesprochen hätte, und daß die Beratungen darüber am Freitagvormittag weitergehen werden.

Alle folgenden Einzelheiten können daher nur unter Vorbehalt wiedergegeben werden. Es handelt sich anscheinend darum, den ungeschuldeten Teil der deutschen Annuitäten zu erhöhen, und zwar in folgender Form: Nach dem Youngplan sollte der ungeschuldeten Teil 660 Millionen Mark betragen, wovon bereits fest verteilt waren 500 Millionen an Frankreich, 42 Millionen für Italien, 30 Millionen für Belgien und die übrigen kleinen Gläubiger und 88 Millionen für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawesanleihe. Nun soll diese letzte Summe von 88 Millionen herausgenommen und zu dem geschuldeten Teil zugeschlagen werden — natürlich ohne daß sich die gesamten Jahresleistungen Deutschlands in irgendeiner Weise oder zu einem Zeitpunkt erhöhen. Die Summe von 88 Millionen verringert sich übrigens von Jahr zu Jahr durch die Tilgung der Dawesanleihe und sie sinkt nach 20 Jahren schließlich auf 64 Millionen Mark. Nach dem Ablauf von 20 Jahren ist die Dawesanleihe getilgt, so daß diese Summe vollkommen verschwindet.

Es fragt sich nun, welche Kompensationen man Deutschland für ein etwaiges Entgegenkommen gewähren würde, Kompensationen sowohl finanzieller als auch politischer Natur. Ob und inwieweit ein solches Opfer wirklich praktische Bedeutung besitzen würde, das mögen die Finanzweisen entscheiden. Einzuweisen ist sicher, daß es eine starke innenpolitische Bedeutung haben würde, weil natürlich alle Gegner des Youngplanes der der Reichsregierung überhaupt einen fürchbaren Värm schlagen werden. Zunächst wird allerdings noch darüber verhandelt. Man hat bisher mit den Engländern über diesen Punkt noch nicht gesprochen und will es erst tun, wenn die grundsätzliche Einigung in dieser Frage perfekt ist,

also vermutlich am Freitagmittag. Die Engländer würden damit einen Teil ihrer Forderungen befriedigt sehen, der sich auf einen genügenden Anteil an den ungeschuldeten deutschen Zahlungen bezieht.

Aber selbst wenn diese eine britische Forderung befriedigt wäre, so ist doch keineswegs gesagt, daß das andere britische Verlangen erfüllt sein würde, das für sie mindestens ebenso wichtig ist, nämlich die Erhöhung der gesamten an Großbritannien fallenden Reparationssumme um 48 Millionen Mark jährlich. Diese Forderung ist nur erfüllbar, wenn Italien ein ernstes Opfer bringt. Frankreich ist seinerseits zu einem solchen Opfer bereit, aber Italien erklärt nach wie vor, daß es keinerlei Konzessionen machen werde.

### Entgegenkommen an England

SPD Paris, 22. August.

Der „Temps“ berichtet am Donnerstagabend aus dem Haag, daß die italienische Delegation sich erboten habe, an England einen Teil der italienischen Rechte auf das von den ehemaligen Mittelmächten im Orient abgetretene Staatseigentum zu übergeben. Weiterhin sei erwogen worden, gewisse, von der Tschschowtschew als Entschädigung für das übernommene Österreichische Staatsgut eingegangene Verpflichtungen in den Dienst der englischen Ansprüche zu stellen. Falls es darüber zur Einigung kommen sollte, fährt der „Temps“ weiter aus, würde die Konferenz nach einer kurzen Unterbrechung, nach 24 oder 48 Stunden, ihre Arbeit bis Mitte der kommenden Woche hinein fortsetzen können.

Im Zusammenhang damit verkündet hier, daß Briand die Absicht habe, am Sonntagabend nach Paris zu kommen, um an einem am Sonntagabend stattfindenden Ministerrat teilzunehmen und in der Nacht zum Montag nach dem Haag zurückzukehren.

### Auch Deutschland muß dabei sein

SPD Paris, 22. August.

Die Havas-Agentur veröffentlicht am Donnerstag folgende Erklärung, die sie am Nachmittag zum Schluß der von den vier Hauptgläubigern abgehaltenen Sitzung von einem der Hauptdelegierten erhalten haben will:

# Der kalte Bürgerkrieg

## Die Diktatur der Generale

Von unserem Korrespondenten.

SPD Belgrad, Mitte August.

Es ist Kirchhofstraße in Jugoslawien. Die Parteien sind tot, das Parlament ist tot, die Presse ist tot. Unumschränkt, von Maribor bis Monastir, reicht die Gewalt der Diktatur. Es ist keine Widerrede, keine Zwischenrede. Niemand vermag die Aktionsfähigkeit und die Latenzkraft der Regierung zu hemmen, zu hindern, zu erschweren. Gewiß! Das davongejagte Parlament war am Ende seiner Tage nur noch ein Cassinospot, das aller Achtung und alles Vertrauens.

Die Sünden der Demokratie haben der Diktatur den Weg geebnet. Hat diese aber in den sieben Monaten ihres Bestehens auch nur eine einzige der brennenden innen- und außenpolitischen Fragen zu lösen verstanden? Die Antwort ist ein klares Nein!

Wir bleiben bei der Lebensfrage Südslawiens: die Verfassung von Belgrad und Zagreb. Weil sie dem parlamentarischen Regime nicht gelang, glaubte sich die Diktatur berechtigt, auf den Plan zu treten. In jenem 6. Januar, als die jugoslawische Verfassung in Belgrad, Zagreb und Kroatien laut gejubelt. Matich und Pribitschewitsch klatschten dem König Beifall. Und heute?

Nie vorher war in Zagreb die Erbitterung, war der Haß gegen Belgrad, war die Staatsmüdigkeit so groß, als heute.

Die Diktatur ist drauf und dran, den letzten Funken des staatlichen Zusammengehörigkeitsgefühls auszutreten. „Das Volk und der König“ war die Parole Raditschs, und die Krone galt den Kroaten als Anker und Hoffnung. Seit Monaten ist ein Besuch des Königs in Zagreb angekündigt. Alexander kann es nicht mehr wagen, den Boden der kroatischen Hauptstadt zu betreten. Derart hat die Diktatur gehandelt und gewartet hat sie heute schon Schiffbruch erlitten. Es genügen einige Beispiele über die Methoden des Systems Schinkowitsch, um die verheerenden Wirkungen des Säbel- und Justizhausregimes zu verstehen:

Am 9. Juni konstituierte sich in Zagreb die Anwaltskammer. Bei der Debatte über die Justizgebühren an den König stellte Rechtsanwalt Tschanitsch den Antrag, den Satz hinzuzufügen:

„Wir haben heute wertvolle Arbeit im Sinne einer Annäherung an die englischen Forderungen geleistet. Zu den weiteren Beratungen, die heute abend fortgesetzt werden, soll auch die deutsche Delegation hinzugezogen werden. Denn es ist selbstverständlich, daß auch Deutschland zu den Opfern beisteuern muß, die die vier Hauptgläubiger auf sich nehmen, um die Zustimmung Englands zum Young-Plan zu erreichen. Deutschland muß begreifen, daß es in seinem eigenen Interesse liegt, alles zu tun, um das Inkrafttreten des Young-Planes zu sichern, von dem es nicht nur unmittelbare finanzielle und politische Vorteile hat, sondern von dem es auch die endgültige Liquidierung des Krieges erwarten darf. Die Verhandlungen mit der englischen Delegation sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn darüber zwischen Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und Japan eine Einigung erzielt sein wird.“

### Snowden telephoniert mit MacDonald

SPD London, 22. August.

Der britische Ministerpräsident hatte am Donnerstag von seinem Urlaubsort aus eine längere telephonische Unterredung mit dem britischen Delegierten im Haag. Es verlautet, daß ein für den Ministerpräsidenten bestimmter vertraulicher Bericht aus dem Haag unterwegs ist.

In einem Kommentar zu den Vorgängen im Haag stellt der „Daily Herald“ gegenüber anderen Pressestimmen fest, es sei im höchsten Maße ungerecht, Snowden für die französische Haltung gegenüber der Rheinlandräumung verantwortlich zu machen. Dies hieße die Tatsachen völlig entstellen. Ebenso falsch sei es, Snowden einen Bruch sozialistischer Grundsätze vorzuwerfen. Snowden habe im Gegenteil zu Beginn der Haager Verhandlungen in unmissverständlichsten Worten die grundsätzliche sozialistische Stellungnahme zur Frage der Kriegsschulden und Reparationen entwickelt und sich für die völlige gegenseitige Streichung ausgesprochen. Er habe sich während der Verhandlungen lediglich geweigert, anderen Nationen, die diesen grundsätzlichen Standpunkt nicht teilen, den ungerechten Anteil an den Reparationszahlungen zu sichern.

der König möge dem Volke die Verfassung wiedergeben. Tschanitsch und drei ihm zustimmende Advokaten wurden verhaftet. Am 27. Juni verurteilte der Staatsgerichtshof in Belgrad den Antragsteller zu sechs Monaten Gefängnis, seine drei Kollegen wurden verwahrt.

Nach den uns gewordenen zuverlässigen Quellen sind seit dem 6. Januar allein in Zagreb 3000 Menschen wegen politischer Vergehen verhaftet

worden und durch die Gefängnisse gewandert. In den Tagen vor dem 1. August mußten sogar Diebe und andere wegen kleiner Vergehen Inhaftierte entlassen werden, um den neu eingelieferten politischen Häftlingen Platz zu schaffen.

In den Gefängnissen wird in der unmenslichsten Weise geprügelt und gefoltert.

Am offenen Tag haben wir in Zagreb, vor einer mitten in der Stadt gelegenen Klinik, einen Gefängniswagen vorfahren sehen, aus dem ein von drei Polizisten begleiteter Häftling ausstieg, dem das Blut durch einen dicken Verband hindurch an vielen Stellen am Kopfe herunterlief. Im Hofe eines Polizeigebäudes ist ein Gefangener tot aufgefunden worden. Offiziell heißt es, er habe sich selber zum Fenster hinausgehängt. Gewährsmänner versichern, der Unglückliche wäre vorher totgeprügelt worden und die Polizei habe

die Leiche auf das Pflaster geworfen, um einen Selbstmord zu konstruieren.

Tolle und tollste Gerüchte gehen im Volke um. Nicht alles ist zu kontrollieren. Das Schlimmste ist jedoch: das Volk glaubt jede Erzählung und es ist dazu bereit, die amtlichen Stellen verbürgt, genügt, um einem die Haare zu Berge zu treiben. Auch das in der Nacht vom 6. August verübte Bombenattentat gegen die Gendarmeriestation, deren Insassen als besonders grausam verurteilt sind, ruft eine deutsche Sprache.

Bekannt ist das Schicksal der an der österreichischen Grenze tot aufgefundenen jungen Kommunisten, des Handelsangestellten Tschimowitsch und des Arbeiters Pawlowitsch. Es ist festgestellt, daß die beiden

A-Lesehalle  
837